

Vorlage Nr.: 2024/0002/1

Eingang: 26.03.2024

Perspektivische Erweiterung der Grundschule am Wasserturm Interfraktioneller Ergänzungsantrag: GRÜNE, SPD, CDU

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	23.04.2024	16.1	Ö	Entscheidung

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

1. dem Gemeinderat eine städtebauliche Lösung des Raumbedarfs der Grundschule am Wasserturm für die Umsetzung ihres pädagogischen Ganztagskonzepts vorzulegen. Dabei soll der Qualitätsrahmen Ganztagschule des Landes Baden-Württemberg zugrunde gelegt werden. (https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/190708_Qualit%C3%A4tsrahmen-Ganztagschule_Kultusministerium_BW.pdf)
2. Bei dieser Planung wird der Gesamtbedarf an Schulplätzen des Schulbezirks sowie der angrenzenden Schulbezirke (Hans-Thoma-Grundschule, Nebenius-Grundschule und Schiller-Grundschule) berücksichtigt.
3. Es wird geprüft, welche Interimslösungen für die Raumprobleme infrage kommen, bis die Gesamtlösung umgesetzt sein wird.

Begründung/Sachverhalt

Der zweizügigen Grundschule am Wasserturm fehlen aufgrund der fachlichen Bewertung insgesamt 235 qm² zur Umsetzung ihres pädagogischen Ganztagskonzepts. Die extreme räumliche Enge und das Fehlen von notwendigen Ganztagsräumen sowie Rückzugsflächen führen zu hoher Unruhe und Stress bei Kindern und zu einer starken Belastung der pädagogischen Teams: Lehrer*innen, Erzieher*innen, und begleitende und pädagogische Inklusionsteams. In der Sitzung des Planungsausschusses am 14.3.24, in der die Raumproblematik erörtert wurde, hat das Stadtplanungsamt eine Beauftragung durch den Gemeinderat für die bauliche Lösung vorgeschlagen.

Da im Frühjahr 2024 die neue Bevölkerungsprognose 2040 vorliegen wird, muss bei der Schaffung des notwendigen Schulflächenbedarfs berücksichtigt werden, ob und wenn ja, in welchem Umfang zusätzliche Schulplätze in der Südstadt Ost und den angrenzenden Schulbezirken der Südstadt benötigt werden, um ggf. eine Gesamtlösung anstreben zu können.

Da eine bauliche Lösung voraussichtlich nicht zeitnah umgesetzt werden kann, soll die Stadtverwaltung prüfen, ob und welche Interimslösungen für die Übergangszeit im Einverständnis mit der Schule und der Elternschaft in Frage kämen, etwa die Aufstellung neuer Container nach 2026 oder die temporäre Modifizierung des pädagogischen Konzeptes.

Unterzeichnet von:

Renate Rastätter
Aljoscha Löffler
Detlef Hofmann
Yvette Melchien
Sibel Uysal
Michael Zeh